



Haushalts- und Finanzausschuss (92.) Unterausschuss Personal (50.) (TOP 1)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

14. April 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:15 Uhr bis 15:25 Uhr

Vorsitz: Christian Möbius (CDU)

Protokoll: Andreas Olschewski

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Hohe Krankenstände in der Landesverwaltung durch Einführung eines pro-aktiven behördlichen Gesundheitsmanagements senken. 7**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/8981

Wortprotokoll der öffentlichen Anhörung vom 08.03.2016
Ausschussprotokoll 16/1191

Der **Ausschuss** beschließt, die abschließende Behandlung
des Antrags auf die nächste Sitzung zu verschieben.

- 2 Gespräch mit dem Vorstand der Ersten Abwicklungsanstalt (EAA)
(siehe Anlage) 8**

3 Vollzug der Eingliederung der Servicegesellschaft Portigon Financial Services (PFS) GmbH in die Erste Abwicklungsanstalt (EAA) 27

Unterrichtung
durch die Landesregierung
Vorlage 16/3841

Der **Ausschuss** kommt überein, die Behandlung des Beratungsgegenstandes in der nächsten Sitzung fortzusetzen.

4 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Nachtragshaushaltsgesetz 2016) 34

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/11250
Stellungnahme 16/3595

In Verbindung mit:

Nachtragshaushalt 2016 (Steuereinnahmen, FlüAG-Ansatz, Deckungsfähigkeiten)

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3869

In Verbindung mit

Nachtragshaushalt 2016 – Stellenausstattung Untersuchungsausschüsse

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3871

Änderungsantrag Nr. 1 betreffend eine Erhöhung des Ansatzes bei **Kapitel 20 020 Titel 545 20** – Kosten für Schutz- und Sicherungsmaßnahmen an jüdischen Einrichtungen/Organisationen – wird ohne Gegenstimmen und ohne Stimmenthaltungen einstimmig **beschlossen**.

Änderungsantrag Nr. 2 wird gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Zustimmung aller übrigen Fraktionen **angenommen**.

Änderungsantrag Nr. 3, der eine alternative Gegenfinanzierung der bei Änderungsantrag Nr. 1 vorge-

sehenen Mehrausgaben zum Gegenstand hat, wird gegen die Stimmen der antragstellenden FDP-Fraktion mit den Stimmen aller übrigen Fraktionen **abgelehnt**.

Änderungsantrag Nr. 4 wird gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und PIRATEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen **abgelehnt**.

Änderungsantrag Nr. 5, der eine Gegenfinanzierung der unter Änderungsantrag Nr. 4 vorgesehenen Personalaufstockung vorsieht, wird gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und PIRATEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen **abgelehnt**.

Der Finanzminister wird ermächtigt, bei der Aufbereitung der Beschlüsse zum Haushalt offenbare Unstimmigkeiten im Zahlenwerk zu bereinigen und zum Ausgleich des Haushalts gegebenenfalls den Ansatz bei Kapitel 20 020 Titel 371 10 – Globale Mehreinnahmen zum Ausgleich der Schlusssummen des Haushaltsplans – zu verändern.

Die vom Finanzministerium nach der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses als Anlagen zu der Beschlussempfehlung beizufügenden Veränderungsnachweise sind insoweit verbindlich für die 2. und 3. Lesung, als sie die Beschlusslage der heutigen Sitzung unter Berücksichtigung dieses Bereinigungsbeschlusses wiedergeben.

In der Schlussabstimmung stimmt der **Ausschuss** dem Gesetzentwurf insgesamt mit den in der Beratung beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten mehrheitlich zu.

5 Gesetz zur Änderung des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2016

43

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/11309

Stellungnahmen 16/3610 und 16/3611

Der **Ausschuss** stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der Fraktionen von FDP und PIRATEN mehrheitlich zu.

- 6 Rücknahme des Anwendungserlasses vom 2. Juli 2012 zur Hinzurechnung von Finanzierungsanteilen nach § 8 Nr. 1 GewStG in der Fassung des Unternehmensteuerreformgesetzes 2008 vom 14. August 2007** **44**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/9579

Der **Ausschuss** kommt überein, den Beratungsgegenstand im Juni 2016 erneut auf die Tagesordnung zu nehmen.

- 7 Noch nicht genehmigte über- und außerplanmäßige Ausgaben des Haushaltsjahres 2014** **45**

Vorlage 16/3807

Der **Ausschuss** stellt die abschließende Beratung der Vorlage zurück.

- 8 Über- und außerplanmäßige Ausgaben im 4. Quartal des Haushaltsjahres 2015 sowie unter 25.000 Euro im gesamten Haushaltsjahr 2015** **46**

Vorlage 16/3806

Der **Ausschuss** erteilt mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen bei Stimmenthaltung der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN einstimmig die Genehmigung gemäß Artikel 85 Abs. 2 der Landesverfassung zu den in der Vorlage 16/3806 dargestellten Einwilligungen des Finanzministers.

- 9 Sachstand Panama-Papers – Erkenntnisse der Landesregierung** **47**

Bericht der Landesregierung

- 10 Der Bund darf sich seiner finanzpolitischen Verantwortung in der Flüchtlingspolitik nicht entziehen. Schreiben der Finanzminister aus Bayern und NRW** 62

Sachstandsbericht des Finanzministers
Vorlage 16/3789 (Neudruck)
Antwort des Bundesministers der Finanzen

In Verbindung mit:

Flüchtlingsaufwendungen des Landes Nordrhein-Westfalen

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3865

In Verbindung mit:

Flüchtlingsaufwendungen der Länder

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3865

- 11 Umsatzsteuer auf Sachspenden eines Unternehmens** 66

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3842

- 12 Zukunft der Finanzverwaltung** 68

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3862

- 13 Manipulation von Registrierkassen** 73

Sachstandsbericht der Landesregierung
Vorlage 16/3870

Zu der Vorlage ergeben sich keine Nachfragen.

- 14 Ergebnisse und Erkenntnisse von der Auslandsreise des Finanzministers zu Investorengesprächen nach Asien** 74

Bericht des Finanzministeriums

15 Verschiedenes **79****16 Vollzug der Eingliederung der Servicegesellschaft Portigon Financial Services (PFS) GmbH in die Erste Abwicklungsanstalt (EAA)** **80**

(Wegen der Vertagung des TOP 3 nicht mehr aufgerufen)

17 Unterrichtung des Haushalts- und Finanzausschusses und des Unterausschusses Landesbetriebe und Sondervermögen des Haushalts- und Finanzausschusses über Landesbürgschaften im Jahr 2015 **81**

Vorlage 16/3793

Der **Ausschuss** nimmt die Unterrichtung über Landesbürgschaften im Jahr 2015 in Vorlage 16/3793 zur Kenntnis.

* * *

5 Gesetz zur Änderung des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2016

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/11309

Stellungnahmen 16/3610 und 16/3611

Vorsitzender Christian Möbius bemerkt einleitend, der Gesetzentwurf der Landesregierung in Drucksache 16/11309 sei durch das Plenum am 16. März 2016 zur federführenden Beratung an den Haushalts- und Finanzausschuss und zur Mitberatung an den Ausschuss für Kommunalpolitik überwiesen worden. Die Durchführung einer Anhörung sei entbehrlich gewesen.

Den kommunalen Spitzenverbänden sei nach der Geschäftsordnung Gelegenheit zur Abgabe einer Stellungnahme gegeben worden. Die Stellungnahme des Städtetages liege als Stellungnahme 16/3611, die Stellungnahme des Städte- und Gemeindebundes als Stellungnahme 16/3610 vor. Der Landkreistag habe auf die Abgabe einer Stellungnahme verzichtet.

Der mitberatende Innenausschuss habe in der Sitzung am 8. April 2016 über den Gesetzentwurf abschließend beraten und mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen und gegen die Stimmen der anderen Fraktionen mehrheitlich für die unveränderte Annahme votiert.

Ralf Witzel (FDP) erklärt, seine Fraktion werde sich bei der Abstimmung über den Gesetzentwurf der Stimme enthalten, da dieser ausweislich der Beratung im kommunalpolitischen Ausschuss lediglich der Korrektur eines administrativen Fehlers diene. Seine Fraktion lehne jedoch die Konzeption der rot-grünen Koalition für die Gemeindefinanzierung weiterhin ab.

Der **Ausschuss** stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der Fraktionen von FDP und PIRATEN mehrheitlich zu.

